

Walter Lesch

Ambivalenzen im Verhältnis von Populismus und Christentum – Kontroversen und theologische Klärungsversuche¹

Populistische Parteiprogramme und Statements werden aus christlicher Sicht häufig als unchristlich und menschenfeindlich kritisiert, ganz besonders bei Fragen der Zuwanderung. Populisten greifen christlich motivierte Weltdeutungen und politische Positionen als naiv und unrealistisch an und berufen sich andererseits auf ein christliches Erbe, das es gegen fremde kulturelle Einflüsse zu verteidigen gelte. Diese explosive Mischung von eigentlich getrennten gesellschaftlichen Sphären ist Grund genug für einen genaueren Blick auf eine wichtige Facette des aktuellen Populismus-Syndroms, mit dem eine neue Runde des Dauerstreits um die schwierige Bestimmung des Verhältnisses von Religion, Moral und Politik eingeleitet ist. In der Auseinandersetzung mit als populistisch bezeichneten Positionen wird erkennbar, dass sich religiöse und moralische Geltungsansprüche nicht von der politischen Meinungsbildung trennen lassen. Die Kontroverse um den Stellenwert von Religion in der Politik ist in diesem Fall mehr als nur ein folkloristischer Schlagabtausch. Mit der Berufung auf persönliche Glaubensüberzeugungen und auf die kulturelle Gewichtung von religiösen Traditionen werden selbst in religionsfernen Kontexten Standpunkte markiert, in denen Religion als Legitimationsquelle beansprucht wird.

1. Ausgangspunkte und Hintergründe

Die Verständigung über mögliche Zuordnungen von Populismus und Christentum setzt eine begriffliche Klarheit voraus, die mit der inzwischen inflationären Kommunikation über Populismus verlorengegangen ist.² Von Populismus

¹ Der Text geht auf den Beitrag in der Wintervortragsreihe an der KU Eichstätt-Ingolstadt am 17. Januar 2019 zurück. Der Vortragsstil dieses Anlasses wurde beibehalten. Allerdings wurde die Darstellung durch einige weiterführende Überlegungen und Anregungen zur weiteren Beschäftigung mit dem Thema ergänzt.

² Zur politikwissenschaftlichen Verortung der Debatte: MÜLLER, 2016; MUDDE/ROVIRA KALTWASSER, 2017. Aus historischer Sicht: BEIGEL/ECKERT, 2017. Im aktuellen Ländervergleich: BADIÉ/VIDAL, 2018.

ist umgangssprachlich meist in abwertender Absicht die Rede, wobei weder die Unterscheidung zwischen Rechts- und Linkspopulismus noch die populistischen Tendenzen jeglicher politischen Strategie zur Stimmenbeschaffung berücksichtigt werden. Ist erst einmal das Populismus-Syndrom als Schreckgespenst identifiziert, erstrahlt die erhoffte Orientierungskraft des Christlichen in umso hellerem Licht. Doch auch hier sind Differenzierungen fällig. Sprechen wir vom Christentum als kultureller Referenz für europäische Gesellschaften oder von gelebter Glaubenspraxis, von Kirchenstrukturen oder von theologischen Denkmustern? Hinzu kommt die nicht minder umstrittene Frage, inwieweit sich Religionen überhaupt politisch artikulieren sollen. Antworten auf das politische Phänomen des Populismus müssten primär gesellschaftlich und politisch gefunden werden und nicht theologisch, was jedoch nicht bedeutet, dass aus theologischer Sicht überhaupt nichts zur Klärung beigetragen werden kann. Handelt es sich letztlich deshalb um eine so emotional geführte Debatte, weil zwei Ideologien aufeinanderprallen: eine sich parteipolitisch formierende Protestbewegung gegen liberale Eliten und eine religiöse Welterklärung, die mit ihren moralischen Ansprüchen von Nächstenliebe, Gastfreundschaft und Welt-offenheit aneckt?

Das hier zu analysierende Problem ist nur durch eine geduldige Rekonstruktion ideengeschichtlicher Zusammenhänge und durch empirische Studien zu begreifen. Sonst ist jeder noch so gut gemeinte Beitrag nur ein weiterer Schritt zur Eskalierung des Streits. Hier können nur vorläufig Aspekte eines perspektivenreichen Themas benannt, sortiert und in Argumentationen eingeordnet werden. Dabei geht es immerhin um sehr konkrete Fragen, die seit einigen Jahren auf der Agenda von Entscheidungsträgern stehen und die mit individuellen Gewissensentscheidungen zu tun haben. Ist beispielsweise die Mitgliedschaft in der Alternative für Deutschland (AfD) mit der Mitgliedschaft in einer christlichen Kirche zu vereinbaren?³ Sollen Kirchentage und Katholikentage AfD-Politikern ein Forum bieten oder ist eine Strategie der kompromisslosen Abgrenzung zu wählen? Die anspruchsvollsten theologischen Ideen zur Populismus-Debatte vermögen nicht zu überzeugen, wenn sie sich vor Stel-

³ Obwohl der Autor dieses Beitrags in Belgien lebt, kommen hier überwiegend deutsche Erfahrungen zur Sprache. Die Verhältnisse in anderen Ländern werden nur vergleichend herangezogen. Dabei hätten allein die politischen Tendenzen im deutschsprachigen Raum schon lange vor 2015 für die zunehmende Problematik populistischer Stimmungslagen sensibilisieren müssen. Bekannte Beispiele sind die Entwicklungen der Schweizerischen Volkspartei (SVP) und der Freiheitlichen Partei Österreichs (FPÖ) und deren Einflüsse auf das politische Klima der Länder und die Möglichkeiten von Regierungsbildungen.

lungnahmen in diesen unangenehmen Angelegenheiten drücken. Abstrakten Ausführungen über die Zusammenhänge von Religion und Politik ist deshalb zu misstrauen, wenn Auskünfte dort verweigert werden, wo inzwischen ein alltäglicher Klärungsbedarf zu registrieren ist. Deshalb sind die hier vorlegten Gedanken eine Fallstudie zur Tragfähigkeit von Argumenten, die sich in der Praxis zu bewähren haben.

Die Ausgangslage ist kompliziert, weil wir uns daran gewöhnt haben, das lästige Problem des Populismus mit einigen groben Strichen zu zeichnen, die ein ablehnendes Werturteil ziemlich schnell verfestigen sollen. Populisten sind demnach Demagogen, die mit einfachen Versprechen auf komplexe Sachverhalte reagieren, Ressentiments schüren, Eliten verteufeln und sich selbst als Sprachrohr des vernachlässigten Volkes präsentieren, die Vorstellung einer homogenen Gemeinschaft propagieren und entsprechend fremdenfeindliche Ausgrenzungen vornehmen und die generell ein Problem mit Meinungsvielfalt und kultureller Buntheit haben. Dahinter steht die klischeehafte Unterscheidung des guten *demos* verantwortlich und differenziert agierender Bürger von einem launischen und verführbaren *populus*, der unaufgeklärt und emotional handelt. Nun müssen wir andererseits eingestehen, dass unser politisches Vokabular rund um das „Volk“ nie mit der wünschenswerten Klarheit zur Anwendung kam. Die Einschätzung des Volkes variiert zwischen der vorbehaltlosen Glorifizierung des Volkes als Quelle jeglicher Autorität und Souveränität und der abgrundtiefen Skepsis angesichts der Unberechenbarkeit und Verführbarkeit dieses chaotisch agierenden Souveräns. Dieses Spannungsverhältnis zieht sich wie ein roter Faden durch alle Überblicke über die Grundlegung von Demokratie als beste aller möglichen Regierungsformen.

Die emphatische Parole „Wir sind das Volk“ findet Bewunderung, wenn sie mutig gegen ein totalitäres Regime gerichtet ist wie bei den friedlichen Demonstrationen in der Endphase der Deutschen Demokratischen Republik (DDR). Die Bedeutung wandelt sich radikal, sobald die Bezugnahme auf ein „Wir“ zur Strategie der Ausgrenzung jener gebraucht wird, denen man die Zugehörigkeit zur Gemeinschaft absprechen will. Entsprechend irritierend war die Aufnahme der Parole bei ganz anders motivierten Demonstrationen in ostdeutschen Städten, etwa durch die völkisch agitierenden Initiatoren der sogenannten Patriotischen Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes (PEGIDA). Hier kommen gleich vier je für sich erläuterungsbedürftige Reizwörter zu einem Gemisch zusammen, indem eine Vorstellung von Europa als christlichem Abendland gegen den Islam in Stellung gebracht wird. In dieser Konstellation gibt sich der Patriotismus europäisch und nicht primär national konnotiert. Mit der Verwendung eines großen Kreuzes in Schwarz-Rot-Gold bei den PEGIDA-

Demonstrationen in Dresden wurde 2015 die ikonografische Provokation offenkundig.⁴ Die Wir-Gemeinschaft der anti-islamischen Marschierer, die sich verharmlosend Spaziergänger nannten, schmückte sich mit nationaler, europäischer und christlicher Symbolik und verwehrte sich gegen die pauschale Zuordnung zum extrem rechten Rand der Gesellschaft.

Widersprüchliche Tendenzen und semantische Unschärfen sind auch im Feld der Religion zu verzeichnen. Ich gehe bei meinen Überlegungen davon aus, dass Religionsgemeinschaften soziale Gebilde sind, die sich mit sozialwissenschaftlichen Kategorien beschreiben lassen. Insofern können sie für sich keinen höheren Status beanspruchen, der sie gegen ideologiekritische Anfragen immun macht. Selbstverständlich operieren auch Religionen mit Formeln der Reduktion von Komplexität und geben insofern „einfache“ Antworten auf schwierige Fragen. Auch Religionen setzen auf Popularität und volkstümliche Ausdrucksformen und misstrauen der elitären Kompliziertheit der Theologie oder der der Philosophie. Auch Religionen konstituieren Wir-Gemeinschaften, die logischerweise mit Ausschlussmechanismen verbunden sind.⁵ Pluralismus und Meinungsfreiheit sind erst seit der jüngeren Geschichte in den Religionen als Werte anerkannt, und das auch nur, wenn es der Sicherung des eigenen Status dient und nicht unbedingt in erster Linie der Wertschätzung anderer Religionen.

Wir können versuchsweise die Hypothese aufstellen, dass Populismus und Christentum sich früher oder später nicht nur wegen ihrer fundamentalen Differenzen ins Gehege kommen mussten, sondern vielleicht gerade auch deshalb, weil sie einige strukturelle Ähnlichkeiten aufweisen. Das ist, wie gesagt, eine Hypothese, deren Brisanz mir bewusst ist.⁶ Je mehr eine Religionsgemeinschaft populistische Tendenzen dämonisiert, desto weniger wird sie bestimmte Reizthemen in selbstkritischer Absicht bearbeiten können. Neben den bisher erwähnten Aspekten ist zu unterstreichen, dass das Religionsthema im populistischen Diskurs eine ambivalente Stellung hat. Eigentlich könnte ein populistisches Politikangebot ohne die Bezugnahme auf Religion auskommen. De facto nehmen religiöse Phänomene aber eine zentrale Position ein, da die Beschwörung einer christlichen Kollektividentität zur Abgrenzung von der als bedrohlich empfundenen Präsenz des Islam gebraucht wird, die wiederum stellvertretend

⁴ Als Foto zu sehen auf dem Cover von ORTH/RESING, 2017.

⁵ Zur Beteiligung von Religionen an der „Erfindung“ und Gutheißung gewaltbereiter nationaler Kollektivsubjekte: GRAF, 2004, S. 116–129.

⁶ Zur genaueren Entfaltung: LESCH, 2017.

für den Gesamtkomplex der Migration steht. Es wäre naiv, die Tragweite dieser Konstruktion zu unterschätzen. Religion ist aus einer idealtypisch als rechtspopulistisch zu bezeichnenden Sicht sowohl positiv als auch negativ konnotiert: positiv in Verbindung mit der Fiktion eines christlichen Abendlandes und negativ in Verbindung mit einem als freiheitsfeindlich eingestuften Islam.⁷

Die Wertschätzung des Christentums kippt freilich dann in ihr Gegenteil um, wenn Vertreter dieser Religion sich in dieser Rollenverteilung gar nicht wiedererkennen und sich gegen jegliche Instrumentalisierung zu fremdenfeindlichen Zwecken verwahren. Insofern ist der Zusammenstoß unausweichlich. Letztlich geht es um die Deutungshoheit in politischen und religiösen Fragen, bei deren Beantwortung sich Religion und Politik jeweils auf beiden Terrains bewegen – die Parteipolitik auf dem Feld der Religion und die Religion auf dem Feld der politischen Urteilsbildung – und mit der Reduzierung auf nur einen angestammten Kompetenzbereich nicht einverstanden sein können. Die Wucht des Zusammenpralls ist groß, zumal es keine vermittelnden Instanzen gibt. Auch für die Medien ist es schwierig, in einer neutralen Beobachterperspektive zu bleiben, weil vielen im journalistischen Bereich Tätigen aus populistischer Sicht unterstellt wird, Teil des etablierten Machtsystems zu sein, in dem Parteien, Kirchen und Medien sich gegen die vermeintlich authentische Stimme des Volkes verbündet hätten.

2. Klare Positionen

Mit dem Erstarken populistischer Kräfte ist Bewegung in eine politische Landschaft gekommen, deren alter Rechts-Links-Gegensatz an Dramatik verloren hatte. Die „Sozialdemokratisierung“ der Christlich Demokratischen Union Deutschlands (CDU) und das Abrücken der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (SPD) von klassisch linken Positionen hat, nicht zuletzt durch die Unvermeidlichkeit der Kooperation in Regierungskoalitionen, ein Kontinuum geschaffen, in dem weltanschaulich fest verankerte Parteimitgliedschaften oder ein vorhersagbares Wahlverhalten unwahrscheinlicher werden. Enga-

⁷ Es wird oft übersehen, dass die Radikalisierungen an den Rändern jeder Religion strukturell ähnlich funktionieren. Auch der Islamismus könnte als eine Spielart global wirksamer Populismen gedeutet werden. In diesem Fall wird eine vermeintlich reine Lehre der islamischen Tradition als Antwort auf alle Lebensfragen präsentiert. Entsprechend geraten andere Religionen ins Visier der Hassprediger. Ein sich auf christliche Wurzeln berufender Rechtspopulismus und ein mit religiöser Autorität auftretender Islamismus sind sich letztlich in ihrer Radikalität, ihrer Unaufgeklärtheit und ihrem Freund-Feind-Denken sehr nah.

gierte Christen gibt es in den ehemaligen „Volksparteien“ ebenso wie bei den Grünen und in der Freien Demokratischen Partei (FDP), sogar als organisierte Interessenvertretungen innerhalb der Fraktionen. Dass die analoge Initiative „Christen in der AfD“ (seit 2013) weniger evident ist, darf als Indiz dafür gelten, dass die politische Szene aufgemischt wird. Was als „Normalität“ gelten soll, provoziert als skandalöse Ausnahme. Die friedliche Konsensdemokratie der in unterschiedlichen Konstellationen miteinander koalierenden Parteien scheint aufgeschreckt zu sein durch einen Mitbewerber, der nicht in das Schema auswechselbarer Positionen passt und der sich schon gar nicht mit der Legitimation durch christliche Mitglieder schmücken sollte.

Wegen der Revitalisierung einer robusteren Konfliktkultur wird der Populismus gelegentlich auch als notwendiger Impuls für die Demokratie eingeschätzt, in der extreme Akteure routinierte Abläufe zunächst aufmischen und dann durch die Sachzwänge des politischen Alltagsgeschäfts entzaubert werden könnten. In der politischen Theorie mangelt es nicht an Sympathien für den agonalen Charakter des Politischen und an entsprechender Skepsis angesichts einer Banalisierung der Gegensätze, die doch das Salz in der Suppe des Kampfes um die Beschaffung von Mehrheiten seien.⁸ Wenn wir auch den Rechtspopulismus in dieser Weise als Störenfried relativieren, verliert er etwas von seinem Schrecken, motiviert aber zugleich zum engagierten Einsatz im Streit um die besseren politischen Ideen.⁹

Es ist nun auffällig, dass sich auch die Kirchen als zivilgesellschaftliche Akteure in den Disput zwischen den Parteien einschalten und teilweise ihrer Ablehnung von AfD-Positionen mit ungewohnter Deutlichkeit Ausdruck verleihen. Sie tun dies größtenteils als Verstärker einer von den politischen Parteien bereits artikulierten Kritik und bekunden damit das Interesse an einer ideologischen und strategischen Isolierung der Rechtsaußenpartei, die als Gesprächspartnerin marginalisiert wird. Andererseits profitiert eine Partei wie die AfD von dem Kommunikationsparadox, dass ihr durch den Prozess der Ausgrenzung permanent Aufmerksamkeit geschenkt wird, sogar von den Kir-

⁸ Eine prominente und politisch einflussreiche Theoretikerin der Agonistik ist Chantal Mouffe, die zusammen mit Ernesto Laclau als eine Vordenkerin linkspopulistischer Bewegungen gilt. Sie ist unter anderem die philosophische Referenz von Jean-Luc Mélenchons Partei „La France insoumise“. MOUFFE, 2014.

⁹ Zur Abwägung von negativen und positiven Einflüssen des Populismus auf die liberale Demokratie: MUDDE/ROVIRA KALTWASSER, 2017, S. 79–96.

chen.¹⁰ Woher kommt deren Interesse an einer unmissverständlichen Verurteilung und somit an einer Verhärtung der Fronten? Die naheliegende Antwort ist die Unvereinbarkeit menschenverachtender Parolen, rassistischer Propaganda, nationalistischem Größenwahn, pauschaler Islamophobie, Medienschellete und Verachtung für politische Akteure und Strukturen mit den elementaren Kriterien einer christlichen Ethik.¹¹

Hinzu kommt die traumatische Erinnerung an das Versagen im Umgang mit Menschenfeinden und spalterischen Tendenzen in der Geschichte. Das Postulat, seine Lektion aus der Geschichte endlich gelernt zu haben, überzeugt unmittelbar, wenn einer Verharmlosung von Rassismus, Faschismus und Nationalsozialismus die Stirn zu bieten ist. Die geschichtliche Erinnerung ist als moralisches Motiv präsent, zumal Bezugnahmen auf die Deutung der Vergangenheit immer wieder explizit den tagesaktuellen Streit bestimmen, wobei jeweils diskutiert wird, ob es um rhetorische Entgleisungen oder um schwerwiegendere Kontaminierungen des Denkens und Handelns geht. Strategisch ist die Abgrenzung von politischen Extremen leicht mit dem Gefühl moralischer Überlegenheit zu verbinden. Denn wer will schon mit Demagogen und Wirrköpfen in einen Topf geworfen werden? Auf die verbleibenden Irritationen werden wir noch zu sprechen kommen. Vorerst geht es um die Herausarbeitung des Unvereinbarkeitspostulats: bis hierher und nicht weiter! Es ist eine Art Bann gegen Extremismen, deren Gefährlichkeit schon in anderen geschichtlichen Situationen erfahrbar wurde. Daraus legitimiert sich die kompromisslose Haltung zu einer parteipolitischen Beheimatung, die mit einer Kirchenmitgliedschaft nicht in Einklang zu bringen sei.

Mit der Option für eine klare Abgrenzung schärfen die Kirchen einerseits ihr eigenes gesellschaftspolitisches Profil, da sie sich auf einen bestimmten Kurs festlegen, etwa in Fragen der Migration. Andererseits nähern sie sich der Schnittmenge konsensfähiger Auffassungen in den anderen Parteien, deren prinzipielle Berechtigung zur Berufung auf kirchliche Unterstützung nicht in Frage gestellt wird. Der Widerstand gegen populistische Versuchungen geht also einher mit einem verstärkten Engagement in der Mitte der Gesellschaft und in der Mitte des Parteienspektrums im Sinne des Kooperationsmodells von Politik und Religionsgemeinschaft. Dabei ist nicht zu übersehen, dass an die Adresse

¹⁰ Zur Logik der rhetorischen Konfrontation, deren Dynamik oft unterschätzt wird: LEO/STEINBEIS/ZORN, 2017.

¹¹ Beispielhaft sind die praktischen Hinweise und Empfehlungen im Handbuch der Nürnberger Katholischen Akademie Caritas-Pirckheimer-Haus: AKADEMIE CPH, 2018.

rechter Gesinnung gerichtete Kritik, beispielsweise wegen einer unmenschlichen Asylpolitik, auch im Umgang mit den anderen Parteien nicht ohne Folgen bleibt und die moralische Autorität und die praktische Arbeit der Kirchen neu ins Bewusstsein bringt. An dieser Konstruktion stört freilich die moralische Schwarz-Weiß-Malerei, als ließen sich die guten und die verwerflichen Ansichten so säuberlich trennen. Der Riss geht ja oft mitten durch Parteien, Konfessionen, Familien und andere Gemeinschaften. Letzten Endes wird zu klären sein, ob die beanstandeten Extreme in jeder Hinsicht einen nicht aufzukündigenden Konsens (der Demokraten, der anständigen Bürger, der Gläubigen?) berühren und deshalb nur um den Preis eines radikalen Bruchs zu vertreten sind. Die harte politische Abgrenzung wird in gewisser Weise zum Ernstfall einer ultimativen Bekenntnisfrage (*status confessionis*) stilisiert: etwa in der Weise, wie Dietrich Bonhoeffer (1906–1945) und die Bekennende Kirche ihre Ablehnung des Naziregimes auf den Punkt gebracht haben.

Die gemeinsame Grundlage der etablierten Parteien und der Religionsgemeinschaften im Kampf gegen Rechtsextreme ist der verfassungsrechtliche Rahmen einer säkularen Moral der angemessenen Regeln in der Austragung der politischen Gegensätze. Wenn extreme Parteien durch demokratische Wahlen den Sprung in Parlamente schaffen, kann eine lebendige Demokratie dies durch Anwendung fairer Verfahren bei der Gestaltung des parlamentarischen Alltags durchaus verkraften. Sollten die als problematisch angesehenen Parteien durch sich dramatisch wandelnde Kräfteverhältnisse als Mehrheitsbeschaffer und Koalitionspartner in Betracht kommen, stellt sich die Frage, ob dies durch eine strategische Absprache aller anderen Akteure zu unterbinden ist. Es gäbe dann einen *cordon sanitaire*, der die kontaminierende Wirkung eines zweifelhaften Verbündeten unmöglich macht.¹² Die immer wieder aufkommende Diskussion um die eventuell notwendige Beobachtung rechts- oder linksextremer Parteien durch den Verfassungsschutz zeugt ebenfalls von diesem Bemühen um die Absicherung einer konsensfähigen Geschäftsgrundlage pluralistischer Gesellschaften.

Das analysierte Problem ist aus demokratietheoretischer Sicht beunruhigend, weil je nach Wahlverfahren die als relativ dünn eingeschätzten Ränder des Parteienspektrums in die Mitte von Entscheidungslogiken rücken können. Der ehemalige *Front National* (jetzt *Rassemblement National*) in Frankreich hat

¹² In der belgischen Politik wurde eine solche Strategie in den 1980er- und 1990er-Jahren postuliert, um eine Regierungsbeteiligung flämischer Nationalisten auszuschließen. Der Konsens der anderen Parteien funktioniert so lange, bis neue Probleme bei der Mehrheitsbeschaffung auftreten.

es trotz seiner schwachen Vertretung in Parlamenten wiederholt in die zweite Runde von Präsidentschaftswahlen geschafft, erstmals 2002 mit Jean-Marie Le Pen.¹³ In den Vereinigten Staaten von Amerika (USA) und in Brasilien regieren populistische Präsidenten. Auf verschiedene Situationen in Europa werden wir noch zu sprechen kommen. Neu ist an der aktuellen politischen Weltlage, dass Populismen jeglicher Art nicht mehr nur unwahrscheinliche Randphänomene sind, sondern reale Einflussfaktoren und Machtträger. Dieses Bedrohungsszenario trägt wie die historische Erinnerung zur Zuspitzung im Kampf gegen die Extreme bei. Auf dem Spiel steht ein erreichtes Niveau politischer Kultur und humanistischer Zivilisation, an denen gemessen populistische Versprechen und Angstmacherei wie ein Rückschritt in überwunden geglaubte Zeiten erscheinen.¹⁴ Sensible Felder wie Migration und Asyl, Minderheitenschutz und Medienfreiheit werden dann zu Prüfsteinen einer Politik, die über die pragmatische Regelung kontroverser Themen hinaus immer auch Ausdruck einer zivilisatorischen Grundlage ist, hinter die es kein Zurück geben sollte.

Wenn sich die Kirchen mit einer Partei wie der AfD anlegen, dann wirken sie einerseits unkonventionell, bestätigen andererseits das Klischee zum Establishment der Republik zu gehören. Ihre Glaubwürdigkeit wird also in hohem Maße davon abhängen, ob sie auch gegenüber anderen politischen Strömungen Selbstbewusstsein, Kritikfähigkeit und Unbequemlichkeit an den Tag legen. Währenddessen wird die ausgegrenzte Rechte das Opferimage pflegen und behaupten, dass die ansonsten eingeforderte Offenheit und Dialogbereitschaft aus ideologischen Gründen und aus Interesse am Machterhalt verweigert werde. Hier ist in der Tat ein interessantes Spannungsfeld der Ideale einer freiheitlichen Gesellschaft zu verorten, der man Heuchelei vorwirft, weil sie sich aus der Sicht ihrer Kritiker in Widersprüche verstrickt. Toleranz ja, aber nicht für die Feinde der Demokratie! Diese Maxime leidet unter dem Definitionsproblem, dass durch den sich für tolerant Haltenden festgelegt wird, wer die Feinde der Demokratie sind. Letztere werden wiederum den Marsch durch die Institutionen anstreben und versuchen parlamentarischen Abläufen durch das Beharren auf

¹³ Die Aufbauphase des *Front National* geht in die 1970er-Jahre zurück. Deshalb verfügen Kirche und Gesellschaft in Frankreich schon über einige Jahrzehnte Erfahrung mit rechtspopulistischen Machtstrategien. REYNIÉ, 2013; COLLIOT-THÉLÈME/GUÉNARD, 2017. Ländervergleiche sind in der Populismus-Forschung auf jeden Fall lehrreich und sollten noch viel selbstverständlicher praktiziert werden.

¹⁴ Zum zentralen Stellenwert des Motivs der Angst: NUSSBAUM, 2018. Zum gefährlichen Spiel mit der Angst im deutschen Kontext: BEDNARZ, 2018.

Regeln und Rechten nach ihren Vorstellungen eine Agenda aufzuzwingen, die im Rahmen der Legalität zugestanden werden muss.

Der kompromisslose Konfrontationskurs in der Auseinandersetzung mit dem Rechtspopulismus dispensiert nicht von der Verpflichtung, sich an eigene Standards der rationalen Kommunikation und des Respekts zu halten. Die Diffamierung des politischen Gegners führt letztlich dazu, sich auf ein Niveau zu begeben, das gerade vermieden werden sollte. Wir begegnen hier wieder dem schon benannten Kommunikationsparadox, das zur Falle werden kann.

3. Verunsicherungen

Verunsicherungen im Umgang mit dem Rechtspopulismus ergeben sich aber nicht nur aus den Stilfragen politischer Umgangsformen. Die Verunsicherung ist unvermeidlich, sobald Fakten geschaffen werden, die auf eine unangenehme Nähe von Populismus und Religion schließen. Dies soll in diesem Abschnitt in Form einer Problemanzeige ausgehend von einigen Beispielen skizziert werden, um anschließend mögliche Gründe dieser Affinitäten zu rekonstruieren.

Bereits erwähnt wurde die Bundesvereinigung „Christen in der Alternative für Deutschland“ (ChrAfD), die nach dem Vorbild anderer Parteien den Brückenschlag zu den christlichen Kirchen versucht und ihre Internetpräsenz für Grundsatzserklärungen und aktuelle Kommentare nutzt. Als die Deutsche Bischofskonferenz am 25. Juni 2019 eine Arbeitshilfe zum kirchlichen Umgang mit besorgniserregenden rechtspopulistischen Tendenzen in der Gesellschaft veröffentlichte¹⁵, reagierte die ChrAfD nur zwei Tage später mit einer an die Bischöfe gerichteten Einladung zum Dialog. Denn diese hätten die AfD in ihrem Dokument nicht explizit erwähnt, sie aber doch wohl als Zielscheibe der Kritik gemeint. Über die Unterstellungen und Verzerrungen sei nun offen zu reden.¹⁶ Diese Strategie wirft ein bezeichnendes Licht auf die Problematik einer Situation, in der sich das Pathos des Widerstands gegen Rechts und das Pathos einer verfolgten politischen Gesinnung begegnen. Ein produktiver Dialog ist hier nicht zu erwarten. Die Christen in der AfD argumentieren mit ihrer Treue zu kirchlichen Positionen beispielsweise in Fragen von Ehe und Familie, Schwangerschaftsabbruch oder Präimplantationsdiagnostik oder in der Ablehnung des vermeintlichen „Genderwahns“. Wenn kirchliche Repräsentanten diese Positionierungen dekonstruieren, kommen sie früher oder später in Konflikt

¹⁵ SEKRETARIAT DER DEUTSCHEN BISCHOFSKONFERENZ, 2019.

¹⁶ KUHS, 2019.

mit eigenen konservativen Positionen. Sollte dies zu einer Modernisierung der kirchlichen Agenda im Bereich von Familie, Sexualität und Gender führen, wäre das ein aus meiner Sicht begrüßenswerter Nebeneffekt der Auseinandersetzung mit dem Rechtspopulismus. Fast zu schön, um wahr zu sein. Weil hier keine katholische Revolution zu erwarten ist, bleibt als Hauptthema der Kontroverse die Sicht auf Migration, Flucht und Asyl im Kontext der christlichen Auslegung des Gebots der Nächstenliebe. Hier wäre eine theologische Denkanstrengung wünschenswert, ohne immer gleich unter den Verdacht der rechten oder linken Vereinnahmung gestellt zu werden. Bei der Ausdifferenzierung der Sphären von nüchterner Analyse und engagierter und pointierter Beteiligung an Debatten über kontroverse Themen besteht noch Nachholbedarf. Die Botschaft von Christen in der AfD an die Adresse der etablierten Kirchen ist klar: schaut her, wie christlich wir sind, wie sehr wir uns mit Kernpunkten christlicher Moralvorstellungen identifizieren. Ein Gespräch über dieses Selbstverständnis wäre für beide Seiten aufschlussreich und könnte zu heilsamen Verunsicherungen führen. Die Hinweise auf Familienbilder, Frauenbilder und Geschlechterverhältnisse treffen die Katholische Kirche an einem wunden Punkt ihrer anti-modernen Weltfremdheit. Die Verständigung darüber bedeutet also weitaus mehr als nur eine Abwehr der Instrumentalisierung durch die Rechten.

Es ist bekannt, dass Donald Trump nicht ohne die Unterstützung signifikanter Teile der christlichen Bevölkerung der USA ins Präsidentenamt gekommen wäre. Das Problem kann nicht dadurch gelöst werden, dass man christliche Trump-Wähler als fundamentalistische Dummköpfe diffamiert. Denn damit wäre ja auch immer noch nicht erklärt, warum es einem sich für aufgeklärt haltenden Christentum nicht gelungen ist, weitere Kreise der Bevölkerung von einer offenen und angstfreien Weltsicht zu überzeugen. Christliche Kirchen haben über Jahrhunderte Ressentiments der Fremdenangst und patriotische Gefühle der Zusammengehörigkeit und der Überlegenheit bedient. Sie sollten sich nicht wundern, wenn der Paradigmenwechsel zu einer bescheidenen und dialogischen Ausübung der eigenen Religion nicht in allen Köpfen stattgefunden hat. Die eigentliche Krux der Auseinandersetzung mit dem Rechtspopulismus ist die Wiederbegegnung mit einem Erbe von Unaufgeklärtheit und Intoleranz, dessen Überwindung noch längst nicht abgeschlossen ist. Aus der Ferne ist es bequem, unliebsame Ausdrucksformen christlicher Identität als fundamentalistisch und irrational zu belächeln. Die universitäre Theologie hat sich leider viel zu wenig mit der Frage beschäftigt, wie es zu solchen Radikalisierungen kommen kann. Wer die Entradikalisierung islamischer Fundamentalisten fordert, hat ein weites Betätigungs- und Übungsfeld in der eigenen religiösen Tradition.

Zwei europäische Beispiele für die Unterstützung national-konservativer Regierungen mit populistischen und illiberalen Tendenzen sind Ungarn und Polen, die ihr Gewicht in den Strukturen der Europäischen Union geltend machen, beispielsweise im Juli 2019 bei der Verhinderung des in einem Vermittlungsvorschlag möglichen sozialdemokratischen Kommissionspräsidenten Frans Timmermans – dessen Kritik an mangelnder Rechtsstaatlichkeit in den Visegrád-Staaten ihn für einige Mitgliedsländer untragbar machte. Auch in den genannten Fällen ist wiederum die Migrationspolitik der erkennbarste Stein des Anstoßes, insofern Polen und Ungarn sich aus Brüssel nicht vorschreiben lassen wollen, wie sie sich an der Lastenverteilung bei der Aufnahme von Geflüchteten in Europa zu beteiligen haben. Dahinter steht letztlich auch wieder der Streit um die angemessene Interpretation einer christlichen Ethik.

Die Liste der Fallstudien ließe sich leicht verlängern. Gemeinsam ist allen genannten Beispielen die polarisierende Wirkung des Schulterchlusses zwischen populistischem Politikangebot und einer religiös gebundenen Wählerschaft, die ihre Interessen durch die schrillen Personen besser vertreten sieht als durch die bisher amtierenden Eliten, denen eine Entfernung von der Lebenswirklichkeit des Volkes nachgesagt wird. In diesen Situationen ist es für eine Politik des *cordon sanitaire* zu spät. In vielen Ländern der Welt haben sich die Machtverhältnisse zugunsten einer konservativeren Agenda und einer ungenierten Abschottungspolitik im Umgang mit Fremden verschoben.

4. Selbstkritische Rekonstruktionen

Ich vertrete die These, dass religiöse Menschen, die für populistische Politik empfänglich sind, nicht einfach als Opfer böser Verführer zu betrachten sind. Wir sollten bis zum Beweis des Gegenteils von der Vermutung ausgehen, dass sie wissen, was sie tun, und dass sie den vermeintlichen Widerspruch zwischen Populismus und Religion so nicht gelten lassen würden. Ich sehe vor allem drei Gründe, die eine solche Nähe plausibel machen.

Ein erster Argumentationsstrang bezieht sich auf die auch den meisten Religionen inhärente Spannung zwischen Volk und Elite, volkstümlichem Glauben und theologischer Denkanstrengung, identitärem Wir-Gefühl und Offenheit für Fremde. Volkskirchen zeichnen sich ja gerade dadurch aus, dass sie einen hohen Anteil der Bevölkerung und breite Gesellschaftsschichten an sich binden, so dass es nicht verwundern kann, dass in ihnen auch das ganze politische Spektrum einschließlich der Extreme abgebildet ist. Minderheitenkirchen beruhen entweder auf einer bewusster gewählten Mitgliedschaft oder auf einer hohen Verbindlichkeit der Doktrin und sind deshalb homogener. Die Kirchen in den

meisten Ländern Europas stecken mitten in einem Transformationsprozess, der durch Mitgliederschwind eine Abkehr vom herkömmlichen volksgemeinschaftlichen Modell bedeutet. Andererseits besteht aber nach wie vor das Selbstbewusstsein einer gesellschaftlich relevanten und staatstragenden Struktur, die unter veränderten Bedingungen neu plausibel zu machen ist. Volkskirchen müssen den gesellschaftspolitischen Spagat zwischen stark voneinander abweichenden Positionen aushalten können. Ausschlusskriterien wurden konventionell mit der Autorität lehramtlicher Verbindlichkeit deklariert. Heute passiert die Zerreißprobe durch zentrifugale Kräfte, die sich aus miteinander unvereinbaren Vorstellungen einer gerechten Gesellschaft ergeben. Mehr als je zuvor geraten liberale Ideale von Vielfalt, Offenheit und Anerkennung von Differenz ins Visier derer, die mit den Gesellschaftsbildern einer homogenen Gemeinschaft liebäugeln.

Ein zweiter Argumentationsstrang betrifft die Ambivalenz eines theologisch aufgeladenen Volksbegriffs, die auf die biblische Idee vom „Volk Gottes“ zurückgeht. Ekklesiologisch hat dieser Topos seine Höhen und Tiefen erlebt, da er für eine Homogenisierung des „Volkskörpers“ beansprucht werden kann, aber auch für die progressive Variante einer Kirche des Volkes (im Gegensatz zu einer klerikalen Kirche, die „von oben“ die Fäden zieht und die Mitglieder entmündigt). In der lateinamerikanischen Theologie der Befreiung wurde das Ideal des einfachen Volkes, das seine legitimen Ansprüche geltend macht, zum Impuls für ein Umdenken, das den klerikalen Machtapparat der Kirche entzaubert hat.¹⁷ „Volk Gottes“ gehört zu den ekklesiologischen Supercodes¹⁸, mit denen sich neue Akzente setzen lassen. Er unterscheidet sich von den Modellen einer Gemeinschaft der Heiligen oder des Leibes Christi oder einer jegliche Kritik abweisenden Institution. Kirche als Volk Gottes findet eine besondere Legitimationsquelle in den biblischen Texten, die für diesen Code herangezogen werden können. Der Bibelwissenschaftler Nibert Lohfink hat den biblischen Zentralbegriff „Gottesvolk“ zum theologischen Enthusiasmus für ein erneuertes Kirchenbild im 20. Jahrhundert in Beziehung gesetzt und überzeugend herausgearbeitet, das der biblische Befund komplizierter ist.¹⁹ Wenn sich die Israeliten als „Jahwes Volk“ verstehen, sehen sie sich in einer besonders familiären Beziehung zu ihrem Gott, der dieser Gruppe verbunden ist. Die Übertragung dieses hebräischen Kontextes auf eine Theologie der Kirche ist alles andere als selbstverständlich.

¹⁷ EXELER/METTE, 1978.

¹⁸ VEN, 1995.

¹⁹ LOHFINK, 1977, S. 111–126.

Sie kann eine heilsame Provokation an die Adresse triumphalistischer Kirchenbilder sein. Aber sie bedarf eben auch der kontextuellen Rekonstruktion und der Entfaltung des mit der Kurzformel gemeinten Leitbilds, das die Ambivalenz der Semantik von „Volk“ nicht abstreifen kann.

Drittens kann hervorgehoben werden, dass Kirchen mit gewissen Nähen zum gesellschaftlichen Konservativismus durchaus auch Affinitäten zu einzelnen Aspekten des Populismus-Syndroms aufweisen. Beispielhaft seien noch einmal die Betonung eines traditionellen Familienbilds und die Skepsis angesichts neuer Sichtweisen auf Geschlechterrollen erwähnt. Der skurrile katholische Kreuzzug gegen die angeblichen Gefahren der „Gender-Ideologie“ illustriert dies überdeutlich. Es ist eine Steilvorlage für die Vereinnahmung durch reaktionäre Kreise, so dass der Jammer über die böswillige Instrumentalisierung von rechts nicht immer ganz glaubwürdig ist. Und schließlich durchzieht viele Kirchen die spannungsreiche Identifikation mit nationalem Pathos (beispielsweise im Fall mancher protestantischer Landeskirchen oder in der Orthodoxie, aber auch in katholischen Varianten wie in Polen), das mit dem anti-nationalistischen Geist christlicher Gemeinschaft über nationale Grenzen hinweg schwer vereinbar ist. Angesichts dieser strukturellen Parallelen kann es überhaupt nicht überraschen, dass es programmatische Schnittmengen mit populistischer Politik gibt, die streng nationalistisch (und im Kern anti-europäisch) auftritt und von den Werten der klassischen Familie und von der Verwerflichkeit des „Genderwahns“ redet.

Strukturelle Ähnlichkeiten begründen noch keine wirkliche geistige Nähe, geben aber zu Kontakten Anlass, aus denen eine ideologische Symbiose entstehen kann. Es gehört folglich zu den Aufgaben einer verantwortungsbewussten Theologie und Religionswissenschaft, über solche Interpretationen und Missverständnisse aufzuklären. Informierte Religiosität ist im Zweifelsfall besser als jedes Analphabetentum in religiösen Angelegenheiten – mag dies auch noch so elitär klingen.

5. Sozialethische Diskussionen

Die konkrete gesellschaftliche Verantwortung von Religionsgemeinschaften präzisiert sich in Themenfeldern, zu denen im Sinnhorizont der jeweiligen Ethik-

ken relevante Vorschläge zu unterbreiten sind.²⁰ Wenn die Behaglichkeit einer breit abgesicherten Mittelklasse ins Wanken gerät, beginnt es an den unteren Rändern der Gesellschaft zu brodeln, weil die bislang noch vorhandene Aufstiegsperspektive definitiv zu verschwinden droht. Deshalb kommt der Sozialethik eine besondere Rolle zu, sobald sich religiös motivierte Bürgerinnen und Bürger in die Arena der politischen Auseinandersetzung um Einwanderung, Familien- und Sozialpolitik, Reform des Gesundheitswesens, et cetera begeben. Wie beispielsweise eine faire Asyl- und Migrationspolitik auszusehen hat, ergibt sich nicht automatisch aus unantastbaren theologischen Prämissen. Wertvorstellungen geben Richtungen der Orientierung vor, nicht aber kurzschlüssige Normierungen. Insofern bleibt keiner Religionsgemeinschaft die Arbeit erspart, sich in komplexen Sachverhalten kundig zu machen und Güterabwägungen vorzunehmen. Selbstverständlich gibt es extreme Positionen (Rassismus, Menschenverachtung, Gewalt), die ohne lange Diskussionen aus dem Kreis beachtenswerter Sichtweisen zu verbannen sind. Ansonsten gilt aber für ethische Dispute, dass sie gerade deshalb stattfinden, weil vernünftige und informierte Personen in relevanten Fragen durchaus zu unterschiedlichen Wertungen gelangen können. Wären Werturteile nie strittig, dann müsste es auch keine wissenschaftliche Beschäftigung mit den Voraussetzungen und Konsequenzen des Dissenses geben.

Vielleicht ist es an der Zeit, in Sozialethik und Gesellschaft wieder zu einem robusteren Diskussionsstil zu finden, der starke Spannungen aushält und nicht immer gleich nach Beschwichtigungen und Harmonisierungen sucht. Eine harmoniesüchtige Konsenskultur hat zweifellos zivilisatorische Vorteile. Sie hat aber den Nachteil, wichtige demokratisch zu gestaltende Weichenstellungen gar nicht mehr in ihrer Dramatik und Ernsthaftigkeit ins Bewusstsein zu bringen. Eine in ihrem Stil zu konfliktscheue und stets kompromissbereite Sozialethik wird kaum in der Lage sein, es mit erklärten Gegnern einer offenen Gesellschaft aufzunehmen, weil die Appelle an Toleranz und Diskursfähigkeit an harten Positionen einer Aufkündigung liberaler Freundlichkeit abprallen. Dialogbereitschaft wird meistens nur von der jeweils anderen Seite eingefordert, um der eigenen Marginalisierung entgegenzuwirken und um sich wieder ins Gespräch zu bringen.

²⁰ Das gilt in besonderer Weise für ein so komplexes Feld wie die Folgen der Globalisierung, denen sich einige Aspekte des Populismus-Syndroms zuordnen lassen, insofern es sich um Reaktionen auf Abstiegsängste, reale Abstiegs Erfahrungen und regressive Antworten auf die unabgegoltene Versprechen der Moderne handelt. BUDE, 2008; GEISELBERGER, 2017; MANOW, 2018.

Die Konflikthaftigkeit der heutigen Herausforderungen lässt sich am Beispiel der Religionsfreiheit illustrieren, die erst relativ spät (in der katholischen Kirche erst in den 1960er-Jahren im Rahmen des Zweiten Vatikanischen Konzils) offiziell als hohes Gut anerkannt wurde.²¹ Das Grundrecht auf freie Religionsausübung funktioniert mit einer doppelten Strategie: als Anspruch auf Freiheit von einem autoritären Staat, der sich aus Gewissens- und Glaubensfragen heraushalten soll, und als Anspruch auf Selbstbestimmung einer Religionsgemeinschaft, die für sich Sonderrechte einklagt, die mit Regeln der öffentlichen Ordnung eventuell kollidieren. Mit anderen Worten: Religionsfreiheit kann gegen eine illiberale Politik in Stellung gebracht werden; sie kann aber auch zur Verteidigung einer illiberalen Religion gegen eine liberale Gesellschaft instrumentalisiert werden. Daher gleicht die Rückkehr religiöser Geltungsansprüche in die öffentliche Sphäre einer Gratwanderung zwischen legitimer Verteidigung von Freiheitsrechten und problematischer Immunität gegen eine Moral der Toleranz und des Respekts, die für alle Bürgerinnen und Bürger zu gelten hat und nicht zu einem Sonderrecht für antimoderne und intolerante Parallelgesellschaften werden darf. Ein Christentum, das den Prozess der Selbstaufklärung und Modernisierung durchlaufen hat, hat seinen Frieden mit den Prozeduren des demokratischen Rechtsstaats und mit den Regeln einer pluralistischen Gesellschaft gemacht. Es kann daher in gewisser Weise auf die Immunkräfte des politischen Systems vertrauen, das über eigene Reaktionsmuster im Umgang mit politischen Extremen verfügt – bis hin zur Beobachtung durch den Verfassungsschutz und zur strafrechtlichen Verfolgung von Hass- und Gewaltdelikten. Aus der Sicht der extremen Ränder erscheinen Religionsgemeinschaften daher oft als fest integrierte Teile eines Establishments, das sich von der Sprache und den Protestformen erzürnter Wutbürger distanziert. Wegen dieser Rollenverteilung hat eine auf Harmonie bedachte vermittelnde Tätigkeit wahrscheinlich keine Erfolgsaussichten. Religion ist Teil einer agonistischen Konstellation, in der um Einfluss gerungen wird. Der Riss zwischen populistischen und nicht-populistischen Tendenzen geht mitten durch religiöse Gruppen und Gemeinden²² und wird zur Belastungsprobe für den Grundkonsens über das, was noch

²¹ SIEBENROCK, 2009.

²² Zum breiten Spektrum der Möglichkeiten von gefährlicher Nähe bis zu eindeutiger Abgrenzung sei hier auf die Untersuchung aus sozialwissenschaftlicher Sicht verwiesen: PICKEL, 2018.

als tragbar gilt, und für die Abwehr dessen, was als autoritäre Bedrohung und Angriff auf die Grundrechte in den Blick kommt.²³

Die christlichen Kirchen in Deutschland haben sich im Umgang mit dem rechten Rand der Politik weitgehend auf einen Mainstream verständigt, der verfassungskonform (das sollte selbstverständlich sein) und zivilgesellschaftlich couragiert (das ist weniger selbstverständlich) Position bezieht, speziell in den Fragen der Einwanderung. Hier präsentiert sich das Christentum als eine kosmopolitische Religion und als Gegengift zum ausgrenzenden Populismus, womit die Fronten im ideologischen Konflikt vorgezeichnet sind.²⁴ Wer pauschal gegen Fremde Stimmung macht, stellt sich außerhalb einer christlich motivierten und bekräftigten Wertegemeinschaft, die mit nüchternem Realismus auf die Herausforderung der Globalisierung reagiert. Dies zeigt sich sowohl im persönlichen Engagement als auch im Eintreten für politische Optionen, die eher in die Richtung einer Willkommenskultur als in die Richtung einer menschenverachtenden Abschottung gehen. Innerhalb des menschenrechtlich vorgegebenen Rahmens wird dann immer noch über die angemessensten Konzepte einer fairen Migrationspolitik zu streiten sein.²⁵

Religion kann es sich leisten, gegen den Strom populistischer Vereinfachungen zu schwimmen, wenn sie als moralische Autorität einen Vorschluss an Vertrauen genießt. Da dieses Vertrauen schwindet, wird die Gemengelage im Ringen um Popularität und moralische Deutungskompetenz immer komplizierter. Mit einer klaren Haltung zu rechtsextremen Predigern von Angst und Hass gewinnen Religionsgemeinschaften an Glaubwürdigkeit und gesellschaftlicher Bedeutsamkeit. Diese Gewinne sollten sie nicht davon abhalten, an den gravierenden Defiziten ihrer eigenen Schuldgeschichte zu arbeiten, die auch immer von dem riskanten Spiel mit Vereinfachungen geprägt ist. Wer populistischer Hetze eine deutliche Absage erteilt, ist in die Pflicht genommen, die menschenfreundliche und hoffnungsvolle Alternative in die Tat umzusetzen und der Versuchung des Denkens in Freund-Feind-Kategorien zu widerstehen.

²³ HEITMEYER, 2018. Mit den Mitteln des Theaters wurde das Bedrohungsszenario in Wien durch eine Collage von Zitaten einiger rechtsnationalistischer Protagonisten auf die Bühne gebracht: RABINOVICI/KLENK, 2018. Das war noch vor dem Ibiza-Video, durch das die künstlerische Vorstellungskraft in Österreich von der Realität überholt wurde.

²⁴ STRUBE, 2015.

²⁵ Dazu mehr in LESCH, 2016.

6. Literaturverzeichnis

- AKADEMIE CPH (Hg.): Was tun gegen „rechts“!? Empfehlungen für den Umgang mit Rechtspopulismus und Rechtsextremismus in Kirche und Gesellschaft. Ein Handbuch für die Praxis (Edition cph 6), Würzburg 2018.
- BADIE, Bertrand/VIDAL, Dominique (Hg.): Le retour des populismes (L'état du monde 2019), Paris 2018.
- BEDNARZ, Liane: Die Angstprediger. Wie rechte Christen Gesellschaft und Kirche unterwandern, München 2018.
- BEIGEL, Thorsten/ECKERT, Georg (Hg.): Populismus. Varianten von Volksherrschaft in Geschichte und Gegenwart, Münster 2017.
- BUDE, Heinz: Die Ausgeschlossenen. Das Ende vom Traum einer gerechten Gesellschaft, München 2008.
- COLLIOT-THÉLÈME, Catherine/GUÉNARD, Florent (Hg.): Peuples et populismes, Paris 2017.
- EXELER, Adolf/METTE, Norbert (Hg.): Theologie des Volkes (Grünewald-Reihe), Mainz 1978.
- GEISELBERGER, Heinrich (Hg.): Die große Regression. Die internationale Debatte über die geistige Situation der Zeit (Edition Suhrkamp), Berlin 2017.
- GRAF, Friedrich Wilhelm: Die Wiederkehr der Götter. Religion in der modernen Kultur, München 2004.
- HEITMEYER, Wilhelm: Autoritäre Versuchungen. Signaturen der Bedrohung I (Edition Suhrkamp 2717), Berlin 2018.
- KUHS, Joachim: Pressemitteilung. AfD lädt Bischofskonferenz zum Dialog ein, in: chrafd.de, 2019, URL: <https://www.chrafd.de/index.php/113-die-deutsche-bischofskonferenz-hat-getagt> (22. Juli 2019).
- LEO, Per/STEINBEIS, Maximilian/ZORN, Daniel-Pascal: Mit Rechten reden. Ein Leitfaden, Stuttgart 2017.
- LESCH, Walter: Kein Recht auf ein besseres Leben? Christlich-ethische Orientierung in der Flüchtlingspolitik, Freiburg im Breisgau 2016.
- LESCH, Walter (Hg.): Christentum und Populismus. Klare Fronten?, Freiburg im Breisgau 2017.
- LOHFINK, Norbert: Unsere großen Wörter. Das Alte Testament zu Themen dieser Jahre, Freiburg im Breisgau 1977.

- MANOW, Philip: Die Politische Ökonomie des Populismus (Edition Suhrkamp 2728), Berlin 2018.
- MOUFFE, Chantal: Agonistik. Die Welt politisch denken (Edition Suhrkamp 2677), Berlin 2014.
- MUDDE, Cas/ROVIRA KALTWASSER, Cristóbal: Populism. A Very Short Introduction (Very short introductions 510), Oxford 2017.
- MÜLLER, Jan-Werner: Was ist Populismus? Ein Essay (Edition Suhrkamp), Berlin 2016.
- NUSSBAUM, Martha C.: The Monarchy of Fear. A Philosopher Looks at Our Political Crisis, Oxford 2018.
- ORTH, Stefan/RESING, Volker (Hg.): AfD, Pegida und Co. Angriff auf die Religion? (Herder Edition Korrespondenz), Freiburg im Breisgau 2017.
- PICKEL, Gert: Religion als Ressource für Rechtspopulismus? Zwischen Wahlverwandtschaften und Fremdzuschreibungen, in: Zeitschrift für Religion, Gesellschaft und Politik 2 (2018) 2, S. 277–312.
- RABINOVICI, Doron/KLENK, Florian: Alles kann passieren! Ein Polittheater, Wien 2018.
- REYNIÉ, Dominique: Les nouveaux populismes, Paris ²2013.
- SEKRETARIAT DER DEUTSCHEN BISCHOFSKONFERENZ (Hg.): Dem Populismus widerstehen. Arbeitshilfe zum kirchlichen Umgang mit rechtspopulistischen Tendenzen, Bonn 2019.
- SIEBENROCK, Roman A.: Theologischer Kommentar zur Erklärung über die religiöse Freiheit *Dignitas humanae*, in: HÜNERMANN, Peter/HILBERATH, Bernd Jochen (Hg.): Herders Theologischer Kommentar zum Zweiten Vatikanischen Konzil, Bd. 4: Apostolicam actuositatem, Freiburg im Breisgau 2009, S. 125–218.
- STRUBE, Sonja Angelika (Hg.): Rechtsextremismus als Herausforderung für die Theologie, Freiburg im Breisgau 2015.
- VEN, Johannes A. van der: Kontextuelle Ekklesiologie, Düsseldorf 1995.